

Stellungnahme

zur Motion 355 Felicitas Zopfi-Gassner namens der SP-Fraktion vom 11. Dezember 1999

Konzept für die Volksschule

Am 16. Dezember 1999 stimmte der Grosse Stadtrat der Motion 199 „Probleme der hohen Ausländeranteile an den Stadtschulen“ zu. Sie verlangt, dass der Stadtrat einen Bericht vorlegt, der über die Auswirkungen des hohen Ausländeranteils an den städtischen Schulen orientiert und Lösungsvorschläge formuliert. In seiner Stellungnahme wies der Stadtrat darauf hin, dass die Bildungsdirektion eine breit abgestützte Arbeitsgruppe eingesetzt hat, die zu Handen der Schulpflege Grundsätze und konkrete Vorschläge zu diesem Thema entwickelt. Das Ergebnis dieser Arbeit sollte als Grundlage für den in der Motion 199 geforderten Bericht dienen.

Am 11. Dezember 1999 wurde die Motion 355 Felicitas Zopfi-Gassner namens der SP-Fraktion eingereicht, in der gefordert wird, dass der Stadtrat mit einer Gesamtschau ein Konzept über die zukünftige Entwicklung der Volksschulen in der Stadt Luzern vorlegt. Der in der Motion 199 angesprochene Fragenkomplex sollte dabei im Rahmen dieses Gesamtkonzeptes behandelt und nicht in einem besonderen Bericht dargestellt werden. Im weiteren wird in der Motion 355 auf ein städtisches „Leitbild für die Volksschule“ hingewiesen, für das ein Umsetzungskonzept vorzulegen sei. Der damit angesprochene „Leitbild-Rahmen“ vom März 2000 stellt eine Vorgabe für die Erstellung von Schulhausleitbildern dar. Er gibt im wesentlichen nur allgemeine Anregungen für die Entwicklung von Schulhausleitbildern und legt fest, zu welchen Aspekten in den Schulhausleitbildern Aussagen zu machen sind.

Die spezielle Arbeitsgruppe der Bildungsdirektion hat Anfang Juli 2000 ihren Bericht „Interkulturelle Gesellschaft – Konsequenzen für die Schule“ vorgelegt. Er wurde an der Sitzung der Vereinigten Schulpflege vom 13. November 2000 vorgestellt und von ihr zustimmend zur Kenntnis genommen. Damit ist die Grundlage für den mit der Motion 199 verlangten Bericht geschaffen.

Der Stadtrat ist bereit, die Thematik des hohen Ausländeranteils an der Volksschule im Rahmen eines umfassenden Berichtes über die künftige Entwicklung der Volksschule zu behandeln. Dabei

ist jedoch zu berücksichtigen, dass einerseits der Kanton auf Gesetzes- und Verordnungsstufe den Bereich der Volksschule teilweise sehr detailliert regelt und andererseits die Schulpflege gemäss dem Gesetz über die Volksschulbildung vom 22. März 1999 über weitgehende Kompetenzen in der konkreten Ausgestaltung der Volksschule verfügt. Der Bericht des Stadtrates muss deshalb sowohl die kantonalen Vorgaben wie auch den Entscheidungsspielraum der Schulpflege berücksichtigen. Der Stadtrat wird den Bericht unter Berücksichtigung dieser Rahmenbedingungen ausarbeiten und ihn zusammen mit der Stellungnahme der Schulpflege dem Grossen Stadtrat unterbreiten.

Der Stadtrat nimmt die Motion entgegen.

Der Stadtrat von Luzern

Luzern, 13. Dezember 2000 (StB 1476)